



Europäische Großbanken 2026

Die Zeichen stehen weiter auf Erfolgskurs



Dr. Susanne Knips
Senior Credit Analyst
T 069/91 32-32 11

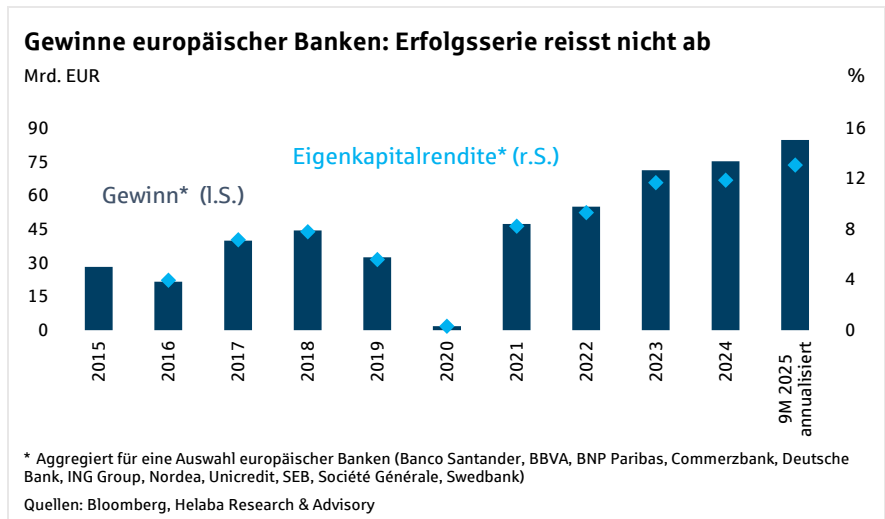
Europas Banken werden für das zurückliegende Jahr 2025 wohl den fünften Gewinnanstieg in Folge verkünden können. Zu erfreulich hohen Zinsüberschüssen kamen steigende Provisionserträge, während die Kreditrisikokosten nur leicht zunahmen und die Verwaltungskosten unter Kontrolle blieben. Für das vor uns liegende Jahr 2026 stehen die Zeichen gut, dass sich diese Entwicklungen fortsetzen. Eine Konjunkturbelebung in Deutschland könnte das Kreditwachstum hierzulande sogar weiter stützen. Schwer kalkulierbar bleibt der weitere Verlauf von Handelskriegen. Neue KI-Anwendungen und erste Ansätze zur Deregulierung könnten hingegen für Effizienzgewinne sorgen.

1	Die Zeichen stehen gut für weiteres Wachstum	2
	Rückblick 2025 – fünfter Gewinnanstieg in Folge	2
	Ausblick 2026 – solides Wirtschafts- und Zinsumfeld bietet weiterhin Ertragschancen.....	2
2	Erträge, Bilanzaktiva und Kapitalquoten im Detail	3
	Erträge – Zinsüberschüsse bleiben auf sehr auskömmlichem Niveau	3
	Gute Kreditnachfrage begünstigt Volumenwachstum und stabile Margen	4
	Kreditrisikokosten dürften nochmals leicht steigen	6
	Hohe Kapitalquoten bieten komfortablen Risikopuffer	7
3	Erste Schritte zur Deregulierung absehbar	8
	Rückblick 2025 – Einführung Basel IV	8
	US-Initiativen mit Ausstrahlung auf Europa	9
	Regulierer haben Bürokratieabbau und Vereinfachungen angekündigt.....	9
	Nachjustierung bei ESG-Berichterstattung als Teil des Omnibus-Pakets	10
	Regulatorischer Ausblick 2026 – Cyber-Angriffe im Visier	11
4	Risiken trotz Ausplatzen nicht ganz vermeidbar	11
	Einsatz von Künstlicher Intelligenz birgt Risiken und Chancen	11
	Digitalisierung verbunden mit Cyber-Risiken.....	12
	Starkes Wachstum von Nicht-Banken auch auf Risiko-Transfer von Banken zurückzuführen	13
	Publikationen aus der Reihe „Im Fokus: Credit“	15

1 Die Zeichen stehen gut für weiteres Wachstum

Rückblick 2025 – fünfter Gewinnanstieg in Folge

Europas Banken werden für das Jahr 2025 voraussichtlich zum fünften Mal in Folge einen spürbaren Gewinnanstieg verzeichnen können. Vor dem Hintergrund rückläufiger Zinsen und steigender Insolvenzen überraschten sie im bisherigen Jahresverlauf viele Marktteilnehmer positiv. Bis Juni 2025 hat die EZB die Leitzinsen im Euroraum achtmal innerhalb eines Jahres gesenkt. Seither hat die Notenbank stillgehalten; der Einlagenzins beträgt 2 %. Trotz der gesunkenen Zinsen blieben die Zinsüberschüsse der Banken 2025 stabil, getragen durch Wachstum bei Kredit- und Einlagenvolumina sowie steigende Margen. Darüber hinaus zahlten sich die vor allem von Großbanken abgeschlossenen Absicherungsge-

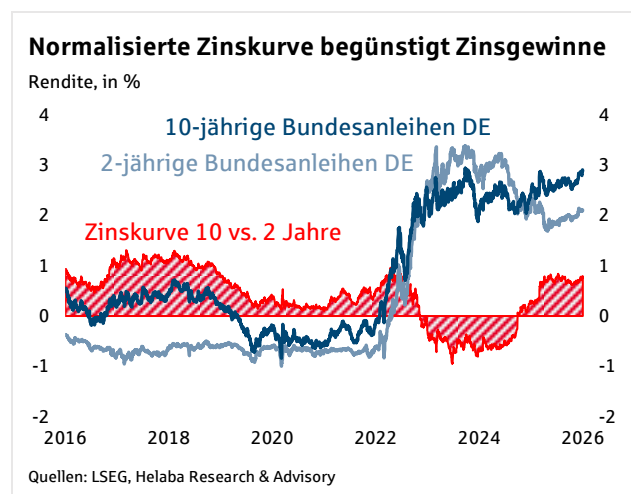


Zum Gewinnanstieg trugen außerdem die deutlich gestiegenen Provisionsüberschüsse bei. Sie sind insbesondere auf das freundliche Kapitalmarktumfeld zurückzuführen, das zu florierenden Geschäften mit Wertpapieren, Handel, Emissionen und der Vermögensverwaltung bei Großunternehmen, institutionellen Kunden und Privatkunden führte. Viele Banken hatten sich zudem den Ausbau des Provisionsgeschäfts als strategisches Ziel gesetzt.

Zwar nimmt die Zahl der Unternehmensinsolvenzen merklich zu, doch die Kreditrisikokosten stiegen im Jahresverlauf erfreulicherweise nur geringfügig. Darüber hinaus werden die Programme zur Kostenkontrolle und Effizienzsteigerung fortgeführt. Alles in allem sind trotz des von Handelskriegen und dem Ukrainekrieg geprägten Umfelds größere negative Auswirkungen ausgeblieben.

Ausblick 2026 – solides Wirtschafts- und Zinsumfeld bietet weiterhin Ertragschancen

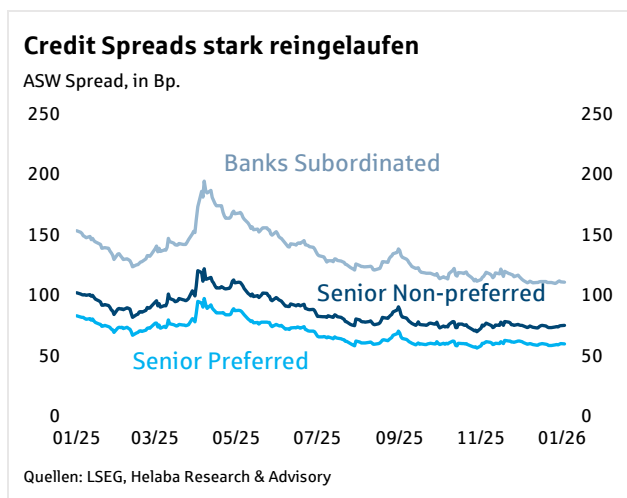
Im Jahr 2026 stehen gemäß unserer Erwartung die Zeichen weiter auf Erfolgskurs für den europäischen Bankensektor. Die hohe Bilanzqualität sowohl auf der Aktiv- als auch auf der Passivseite stellt eine sehr komfortable Ausgangsposition dar. Darüber hinaus rechnen wir mit einem guten Geschäftsumfeld. Die globale Wirtschaft kann gemäß unserer volkswirtschaftlichen Prognosen 2026 in etwa das Tempo des Vorjahres halten. In Deutschland dürfte sich das wirtschaftliche Umfeld nach einem ungewöhnlich langen Konjunkturzyklus erholen. Neben dem anziehenden privaten Konsum sprechen auch die infolge der Fiskalpakete steigenden öffentlichen Investitionen hierfür (siehe „[Märkte und Trends 2026: Weltwirtschaft – Die Karten werden neu gemischt](#)“). Die Vorlaufindikatoren enttäuschten zuletzt. Dies war allerdings auf den Außenbeitrag zurückzuführen, während im 3. Quartal bereits eine binnenwirtschaftliche Erholung zu beobachten war (siehe „[Märkte und Trends](#)“).



Dezember 2025“). Die von uns prognostizierten wirtschaftlichen Wachstumsraten lassen eine weiterhin gute Ertragslage im Bankensektor erwarten. Die steilere Zinskurve stützt darüber hinaus die Zinsüberschüsse (siehe „**Chartbook Zinsen**“).

Die Kreditrisikokosten könnten im Jahr 2026 nochmals leicht steigen. Die Verwaltungskosten bleiben jedoch unter Kontrolle, auch wenn die Investitionen in moderne Plattformen und die Belastungen durch die Regulierung unverändert hoch sind. Der Generationenwechsel im Rahmen des demographischen Wandels und somit die Steuerung der Personalkosten stellt ebenfalls eine nicht zu unterschätzende Herausforderung dar.

Die Erwartungen an die Künstliche Intelligenz (KI) sind sehr ambitioniert, mittelfristig besteht hier Enttäuschungspotential. Vorerst dürfte die Umsetzung von Digitalisierung und KI-Tools jedoch vorangetrieben werden. U.E. werden Häuser von den neuen Anwendungen profitieren, wenn sie ihre Mitarbeitenden schnell für die neuen Tools gewinnen. Insgesamt bietet die Digitalisierung ergänzt um KI gute Wachstumsaussichten und Chancen auf Effizienzgewinne. Ausgehend von den USA könnten darüber hinaus erste Rückführungen der überbordenden Regulierung Kostenerleichterungen bringen.

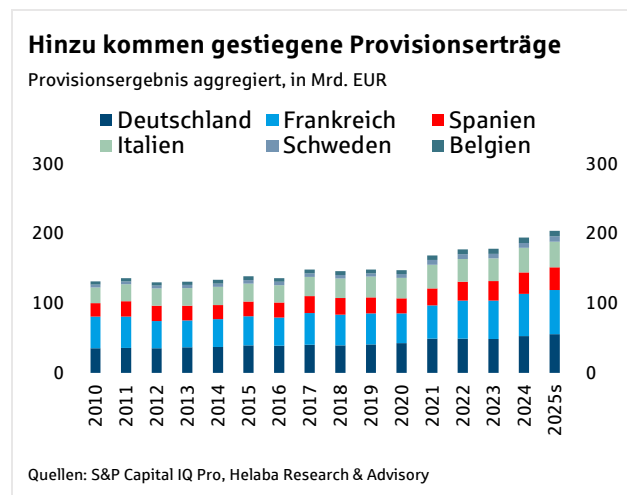
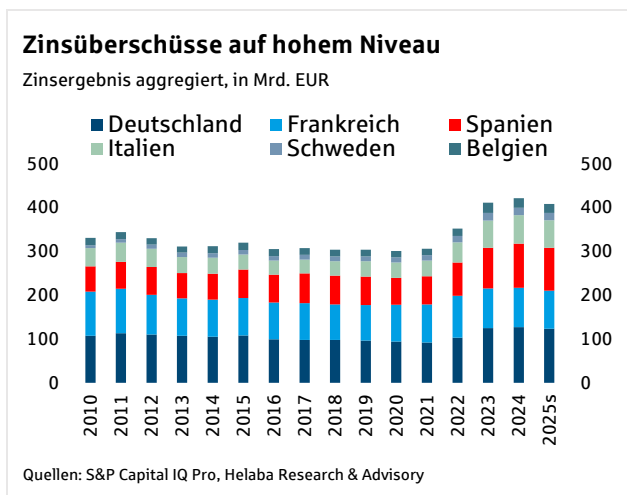


Die Spreads von erstrangig unbesicherten Bankanleihen sind bereits weit reingelaufen. Die positiven Konjunkturaussichten und die steilere Zinsstrukturkurve sollten die Anleihebewertungen weiter stützen. Das zu erwartende hohe Neuemissionsvolumen bei erstrangig unbesicherten Bankanleihen sollte gut am Markt aufgenommen werden (siehe unsere Publikation „**EUR Benchmark Bankanleihen: Primärmarkt Q4 2025**“). Allerdings sind die positiven Erwartungen zumindest teilweise eingepreist. Die geopolitischen und makroökonomischen Unsicherheiten bleiben bestehen. Kurzfristige Rückschläge sind daher möglich.

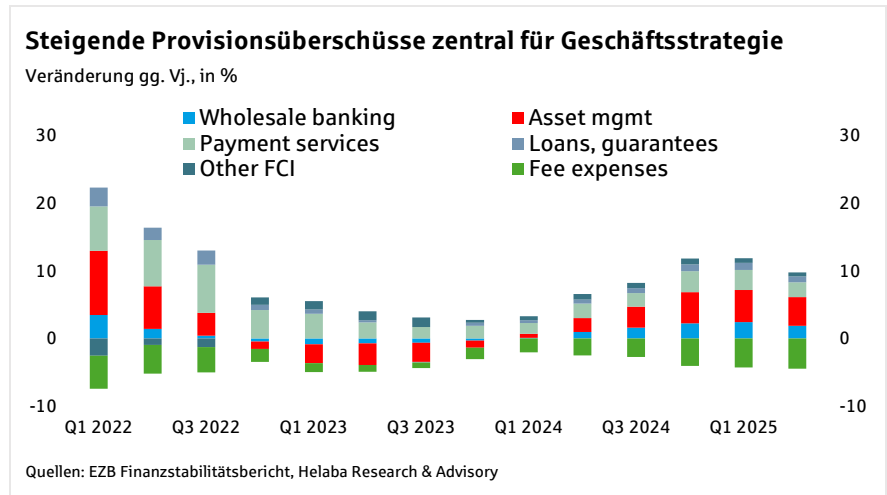
2 Erträge, Bilanzaktiva und Kapitalquoten im Detail

Erträge – Zinsüberschüsse bleiben auf sehr auskömmlichem Niveau

Der Anstieg der Zinsergebnisse im Bankensektor seit Ende des Null- und Niedrigzinsumfeldes Mitte 2022 erstreckt sich über alle Länder Europas. Da die Geschäftsmodelle im Europäischen Bankensektor traditionell stark



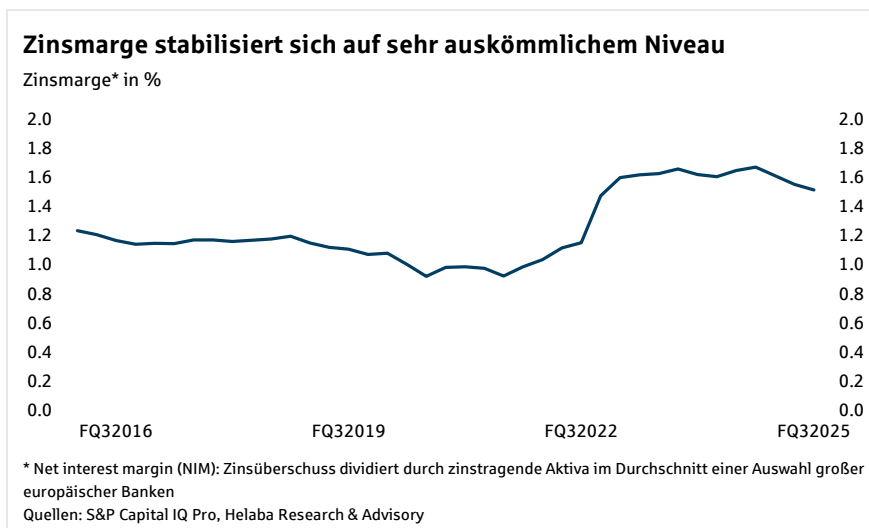
auf das Kredit- und Einlagengeschäft ausgerichtet sind, entfällt hier ein hoher Anteil der Erträge auf Zinsüberschüsse. Insbesondere bei deutschen, spanischen und italienischen Banken gab es beachtliche Zuwächse. In Frankreich hingegen war der Anstieg wegen der staatlich geförderten Sparprogramme mit regulierten Margen (Livret A) unterdurchschnittlich. Dafür sind dort einige große Investment Banken angesiedelt, was sich im überdurchschnittlichen Anstieg der Provisionsergebnisse niederschlägt.



Der Anstieg der Provisionsergebnisse war v.a. getrieben durch positive Wertentwicklungen und Zuflüsse in der Vermögensverwaltung und dem Asset Management sowie ein starkes Anleihe- und Währungsgeschäft im Kapitalmarktbereich. Erneut erwies sich der Zahlungsverkehr mit Unternehmen als zuverlässige Ertragsstütze.

Gute Kreditnachfrage begünstigt Volumenwachstum und stabile Margen

Sehr solide Zinsüberschüsse werden seit dem Anstieg des Zinsniveaus vor allem im Geschäft mit Kundeneinlagen erzielt. Hier ist allerdings aufgrund des starken Wettbewerbs der Druck hoch, Margen zumindest teils an Kunden



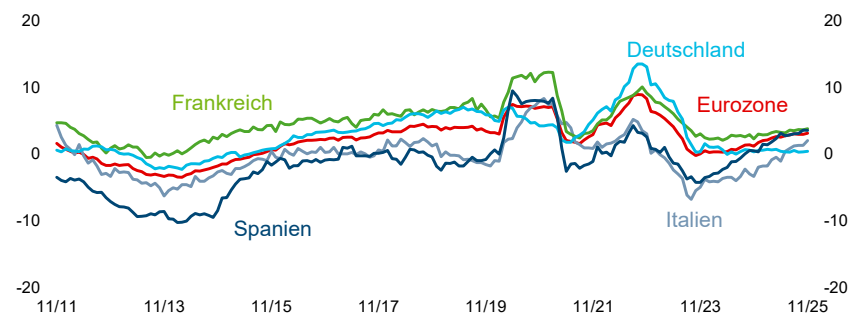
weiterzureichen. Zuletzt sind die Zinsmargen getrieben durch die wieder sinkenden Zinsen leicht zurückgegangen, sie befinden sich jedoch weiter auf sehr auskömmlichem Niveau. Wir gehen von einer Stabilisierung auf diesem Niveau aus.

Die Hoffnung für 2026 liegt vor allem auf Volumenwachstum im Kreditgeschäft. Die teils schwache Konjunktur und die US-Zölle dämpften die Kreditvergabe in Europa. Ein solides wirtschaftliches Umfeld sollte dennoch zu gutem Neugeschäft führen.

Selbstredend bestehen hierbei hohe Unterschiede sowohl nach Branchen als auch regional. In Spanien und Italien hat sich das Kreditgeschäft in den letzten zwei Jahren erholt. Der Markt setzt nunmehr auf die staatlichen Programme in Deutschland. In Frankreich hingegen sind die Aussichten eher gedämpft. Global aufgestellte Institute sollten besonders gut positioniert sein, um ein solides Ertragswachstum zu erzielen.

Kredite an Unternehmen mit spürbarer Erholung in südlichen Ländern

Veränderung ggü. Vj. in %



Quellen: LSEG, Helaba Research & Advisory

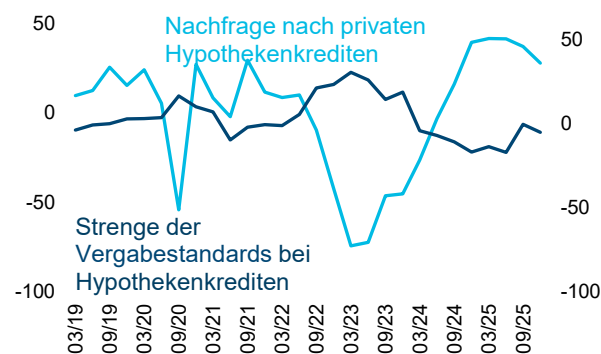
Die Commerzbank zum Beispiel hat im 3. Quartal 2025 im Unternehmenskundengeschäft ein Kreditwachstum von 13 % ggü. Vj. erzielt. 80 % davon waren auf Europa zurückzuführen, der Rest auf die USA und Asien. Besonders starkes Wachstum verzeichnete die Bank bei internationalen Unternehmenskunden, während Deutschland wegen des schwächeren wirtschaftlichen Umfelds moderat wuchs. Für 2026 plant die Bank mit 8 % Wachstum bei Unternehmenskrediten, gestützt durch das deutsche Stimulus Programm. Wir halten dies für eine vorsichtige Planung.

Weitere Unterstützung könnte das Kreditgeschäft durch den hohen Bestand an Kundeneinlagen erhalten. Gemäß Bloomberg erreichten die Kundeneinlagen europäischer Banken zuletzt fast 14 Bio. EUR. Die zurückhaltende Investitionsbereitschaft der Unternehmen, während der Pandemie ausgegebene und noch nicht voll eingesetzte staatliche Mittel sowie hohe Sparquoten bei Privatpersonen haben das Volumen ansteigen lassen. Das durchschnittliche Verhältnis zwischen Krediten und Einlagen ist zuletzt gemäß Bloomberg deutlich unter 1x gefallen; gegenüber 1,36x im Jahr 2010.

Sehr lebhaft entwickelt sich die Vergabe privater Hypothekenkredite. Die im Verband deutscher Pfandbriefbanken (vdp) zusammengeschlossenen Institute vergaben in den ersten drei Quartalen 2025 Immobiliendarlehen im Volumen von 107 Mrd. EUR – 18 % mehr als im Vorjahr. Dabei entfiel allein auf das dritte Quartal ein Neugeschäftsvolumen von 37 Mrd. EUR. Dies entspricht einem Anstieg von rund 20 % gegenüber dem dritten Quartal 2024 und stellt den höchsten Quartalswert seit Herbst 2022 dar. Zum Anstieg trugen insbesondere Wohnimmobilienkredite bei: Finanzierungen für den Bau und den Erwerb von Wohnobjekten summierten sich auf rund 68 Mrd. EUR und waren damit 19 % höher als im Vorjahreszeitraum. Ähnlich dynamisch verlief die Hypothekenkreditvergabe in der gesamten Eurozone.

Private Hypothekenkredite mit viel Schwung

Jeweils Veränderung Anteil positive vs. negative Werte*, in %



* Positive Werte sind Verschärfung/Zunahme, negative Werte sind Erleichterung/Verringerung

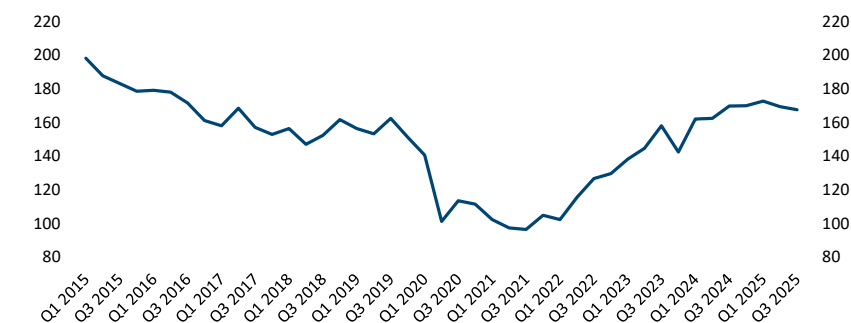
Quellen: LSEG, Helaba Research & Advisory

Kreditrisikokosten dürften nochmals leicht steigen

Die Kreditqualität im europäischen Bankensektor scheint den steigenden Unternehmensinsolvenzen zu trotzen. Bisher blieben die Problemkreditquoten stabil niedrig, und die Kreditrisikokosten erhöhten sich nur leicht. Dies ist nach unserer Einschätzung zum einen darauf zurückzuführen, dass die Ausfälle auf einige Sektoren begrenzt sind, die bspw. einen Strukturwandel durchlaufen oder unter den hohen Energiekosten leiden. Zum

Unternehmensinsolvenzen stabilisieren sich auf verträglichem Niveau

Unternehmensinsolvenzen in der Eurozone, Index: 2021 = 100

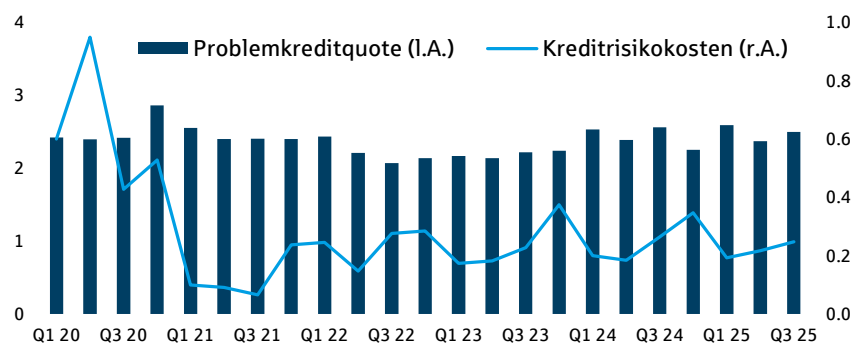


Quellen: LSEG, Helaba Research & Advisory

Risiken bleiben gut kontrollierbar

Problemkredite / Kreditvolumen %

Kreditrisikokosten / Kreditvolumen %



Quellen: S&P Capital IQ Pro, Helaba Research & Advisory

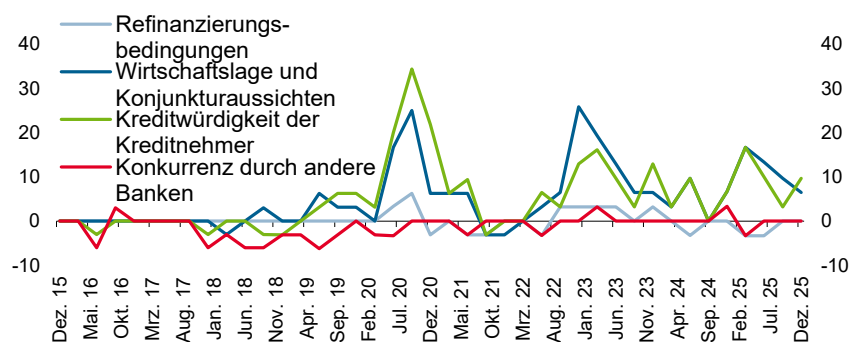
anderen ist das Risikomanagement im Bankenwesen seit der Finanzmarktkrise erheblich strenger geworden, nicht zuletzt getrieben durch regulatorische Vorgaben und vielfältige Stresstests. Hinzu kommen Absicherungs-geschäfte und die wachsende Rolle, die die Ausplatzierung von Risiken spielt – Stichwort Significant Risk Transfer (SRT). Neben dem Ziel der Risikosteuerung steht hier auch das Ziel, Risikoaktiva (RWA) zu senken, um die Kapitalquoten zu entlasten.

Wir erwarten, dass die Aktivaqualität bei europäischen Banken im Jahr 2026 stabil bleibt. Gemäß Bloomberg steigen die für 2026 vom Konsens erwarteten Vorsorgeaufwendungen für Kreditrisiken um 7 % ggü. Vj. auf 49 Mrd. EUR. Gegenüber den Tiefstständen der Jahre 2023/24 würden sie sich damit auf historischen Durchschnittsniveaus normalisieren. Risiken bestehen u.E. insbesondere in der konjunkturellen Entwicklung und in übertriebenen Erwartungen bspw. an den KI-Boom. Darüber hinaus könnten immer wieder aufflammende Handelskonflikte die Resilienz der Kreditengagements auf die Probe stellen.

Nicht zuletzt verfügen die großen am Kapitalmarkt aktiven Häuser noch immer über beachtliche Risikopuffer in Form von Management-Overlays, die sie während der Pandemie gebildet und noch immer nur teilweise aufgelöst haben.

Kreditvergabestandards werden tendenziell strenger

Jeweils Veränderung Anteil positive vs. negative Werte*, in %



* Positive Werte sind Verschärfung, negative Werte sind Erleichterung

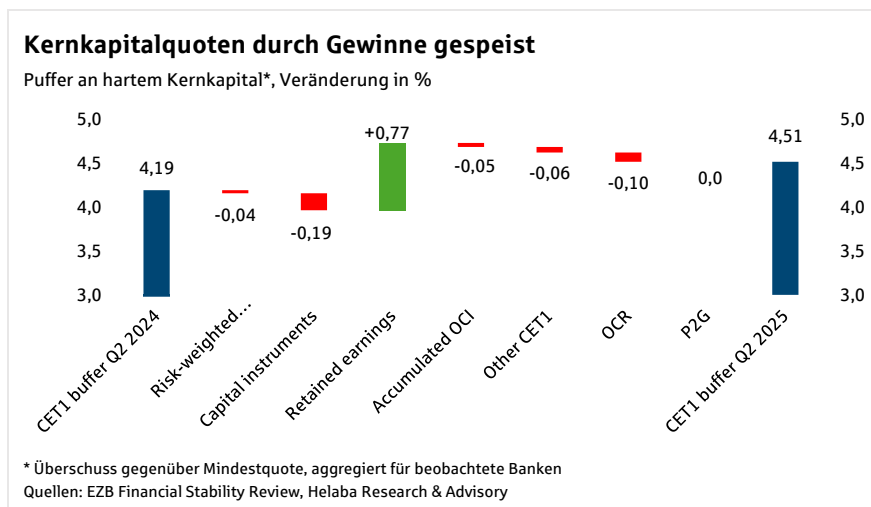
Quellen: LSEG, Helaba Research & Advisory

Bei stabiler Aktivaqualität rechnen wir mit einer weiteren Auflösung dieser Rückstellungen im Jahr 2026. Bei einer Verschlechterung könnten die Rückstellungen zum Ausgleich von Wertberichtigungen genutzt werden. Die Overlays beliefen sich bei einer von Bloomberg erhobenen Stichprobe von 26 Banken im September 2025 auf beachtliche 9,9 Mrd. EUR und waren damit stabil gegenüber dem Vorquartal. Dies entspricht rund 20 Bp. der RWA.

Die Handelsbanken und die Commerzbank haben ihre Overlays gemäß Bloomberg bereits freigegeben, während Nordea beabsichtigt, ihren Puffer bis Ende 2026 zu nutzen oder freizugeben. Die Danske Bank verfügt mit etwa 71 Bp. nach wie vor über die größte Reserve im Verhältnis zu den RWA. Barclays, Swedbank, Standard Chartered und die Deutsche Bank liegen mit weniger als 5 Bp. am unteren Ende.

Hohe Kapitalquoten bieten komfortablen Risikopuffer

Gleichzeitig bleiben die Eigenkapitalquoten sehr komfortabel. Die hohen Gewinne speisen die Kapitalquoten. Überschüssiges Kapital wurde seit 2021 umfangreich für Aktienrückkäufe genutzt. Wir gehen davon aus, dass sich hohe Dividendenausschüttungen und Aktienrückkäufe im Jahr 2026 fortsetzen. Hinzu kommen könnten vermehrt Übernahmeaktivitäten.



Die EZB-Aufsicht attestierte Europas Banken im Rahmen ihres Mitte November 2025 abgeschlossenen aufsichtsrechtlichen Prüfprozesses SREP erneut eine starke Widerstandsfähigkeit – trotz des zunehmend schwierigen globalen Umfelds und multidimensionaler geopolitischer Risiken. Die Institute zeigten demnach eine robuste Kapital- und Liquiditätsausstattung sowie eine hohe Profitabilität. Die 105 untersuchten Banken wiesen auf einer Skala von 1 bis 4 einen durchschnittlichen SREP-Score von 2,5 auf, leicht besser als die im Vorjahr erreichten 2,6. Dabei haben drei Viertel der Banken einen gegenüber Vorjahr unveränderten SREP-Score, während sich 19 % verbessert und 6 % verschlechtert haben. Die Kapitalanforderungen für das Jahr 2026 wurden für viele Häuser sogar leicht gesenkt, darunter für die Deutsche Bank und für die Commerzbank. Die Aufsicht bewertet regelmäßig die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells und das Risikomanagement von Banken (Supervisory Review and Evaluation Process; SREP).

Ausschüttungsquoten bleiben hoch

Name	Payout Ratio 2025p
Median	50 %
Svenska Handelsbanken AB	111 %
Danske Bank A/S	73 %
Swedbank AB	72 %
Intesa Sanpaolo SpA	70 %
Nordea Bank Abp	68 %
KBC Group NV	63 %
DNB Bank ASA	63 %
Skandinaviska Enskilda Banken	61 %
CaixaBank SA	61 %
ING Groep NV	55 %
Credit Agricole SA	52 %
NatWest Group PLC	50 %
HSBC Holdings PLC	50 %
UniCredit SpA	50 %
BNP Paribas SA	49 %
ABN AMRO Bank NV	49 %
Lloyds Banking Group PLC	47 %
Banco Bilbao Vizcaya Argentari	47 %
Commerzbank AG	40 %
UBS Group AG	39 %
Deutsche Bank AG	33 %
Banco Santander SA	26 %
Societe Generale SA	25 %
Standard Chartered PLC	21 %
Barclays PLC	21 %
Erste Group Bank AG	10 %

Quellen: Bloomberg, Helaba Research & Advisory

3 Erste Schritte zur Deregulierung absehbar

Rückblick 2025 – Einführung Basel IV

Anfang 2025 sind in Europa die über Jahre vorbereiteten Basel IV-Regeln in Kraft getreten (siehe unsere Publikation „[Europäische Großbanken – Gut auf Basel IV vorbereitet](#)“ vom 13. Juni 2024). Kernelement war die Einführung des sogenannten Output Floors bei Berechnung der regulatorischen Eigenkapitalanforderungen für Hypothekenkredite. Dieser soll sicherstellen, dass die vorgegebenen Eigenkapitalquoten bei der Berechnung auf Basis eigener (interner) Modelle im Vergleich zur Anwendung des Standardansatzes maximal um 27,5 % reduziert werden können. Die Anforderung wird allerdings schrittweise bis 2032 eingeführt. Gemäß unserer Beobachtung haben sich Europas Banken über die vergangenen Jahre hinweg sehr gut auf die höheren Anforderungen vorbereitet. Vor allem Banken mit hohen Hypothekenkreditbeständen, bspw. in Nordeuropa, haben frühzeitig begonnen, ihre Geschäftsmodelle entsprechend anzupassen. Wir erwarten daher keine wesentlichen Belastungen mehr von der Anwendung des Output Floors.

Darüber hinaus rechnen wir auch nicht mit einer nennenswerten Benachteiligung gegenüber US-Banken. Der Output Floor betrifft vor allem europäische Banken mit hohen Beständen an Hypothekenkrediten. In den USA werden Hypothekenkredite i.d.R. über den Kapitalmarkt refinanziert. Zudem sind die privaten Immobilienkreditmärkte aufgrund ihrer regionalen Ausrichtung und unterschiedlicher Rechtsrahmen international stark voneinander getrennt.

US-Initiativen mit Ausstrahlung auf Europa

Die umfassenden Regulierungsreformen, die seit der Finanzmarktkrise 2008 umgesetzt wurden, haben die rechtliche Rahmensetzung für Banken grundlegend verändert. Mit Basel IV wurden die letzten Anpassungen abgeschlossen. Die Anstrengungen, den Finanzmarkt und die Steuerzahler in Krisen zu schützen, können nicht genügend Anerkennung finden. Im Ergebnis sind jedoch nicht nur strengere, sondern teils auch komplizierte und unübersichtliche Vorgaben entstanden. Ein Beispiel sind die regulatorischen Eigenkapitalquoten. Hier bestehen nicht nur mehrere Quoten nebeneinander, hinzu kommen unterschiedlichste Aufschläge, die obendrein national unterschiedlich sein können. Ein weiteres Beispiel sind die zahlreichen aufsichtsrechtlichen Berichte, die einen hohen Aufwand bedeuten und Kapazitäten binden.

Gemäß unserer Beobachtung kündigt sich bereits eine Phase der Deregulierung an. Druck kommt vor allem aus den USA. Wie oben beschrieben, hatten diese bereits bei der Umsetzung von Basel IV nicht mitgezogen. Unter der Trump-Administration ist der Druck noch größer geworden. Die Vorschläge zielen insbesondere auf eine Entlastung der Banken bei den Eigenkapitalanforderungen ab. Schätzungen gehen von Kapitalerleichterungen für US-Banken von bis zu 250 Mrd. USD aus. Ein Vielfaches davon würde als Freiraum für Kredite in den Bereichen KI, Rüstung, kritische Rohstoffe etc. zur Verfügung stehen. Das eigentliche Ziel scheint jedoch zu sein, US-Treasuries ganz von Eigenkapitalanforderungen zu befreien.

Die Kapitalerleichterung in den USA soll zum einen über niedrigere RWA-Anforderungen erreicht werden. Zum anderen geht es um Ausnahmen bei der ungewichteten Eigenkapitalquote (Leverage Ratio) für bestimmte Aktiva, beispielsweise für Staatsanleihen und Zentralbankguthaben. EU-Banken mit Aktivitäten am US-Repo Markt hätten dann einen spürbaren Wettbewerbsnachteil.

Laut Medienberichten ist mit einem US-Vorschlag zu den noch ausstehenden Basel III-Anpassungen wohl Anfang 2026 zu rechnen. Die EU-Kommission hat reagiert und in ihrem Arbeitsprogramm eine Analyse der Wettbewerbsfähigkeit des Bankensektors angekündigt. Ein entsprechender Bericht wird wohl 2026 veröffentlicht.

Regulierer haben Bürokratieabbau und Vereinfachungen angekündigt

Die tiefgreifenden Reformen der regulatorischen Anforderungen an Banken haben dazu geführt, dass die Bankenbranche heute weitaus stabiler dasteht als vor der Finanzmarktkrise von 2008. Risikoreiche und nicht zum Kerngeschäft gehörende Aktivitäten wurden abgebaut und Eigenkapital- sowie Liquiditätsquoten substanziell erhöht. Mit dem Single Rule Book, dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus (SSM) und dem europäischen Abwicklungsmechanismus (SRM) wurde ein Rahmenwerk geschaffen, das sowohl die Krisenprävention als auch ein reibungsloses Krisenmanagement im Ernstfall gewährleistet. Eine harte Bewährungsprobe im Ernstfall steht jedoch noch aus. Das Trauma Finanzmarktkrise sitzt bei allen Akteuren noch tief. Wir gehen davon aus, dass es in Europa eher zu Vereinfachungen und Entschlackung der überbordenden Regulierung kommt, die hohen Standards und Anforderungen werden hingegen wohl nicht angetastet. Aus unserer Credit-Sicht heraus wäre dies zumindest der richtige Weg.

Die EZB-Aufsicht hat bereits erste Schritte unternommen, um den regulatorischen Aufwand zu senken. So veröffentlichte sie am 11. Dezember 2025 ein Maßnahmenpaket, das das Vorhaben zur Analyse der Wettbewerbssituation im Bankensektor der EU-Kommission aufgreift. Das Maßnahmenpaket enthält zum einen Handlungsempfehlungen zu regulatorischen und aufsichtlichen Vereinfachungen. Dazu zählen unter anderem die Vereinfachung der Kapitalpufferanforderungen, die stärkere Angleichung europäischer Mindesthaftkapitalanforderungen (MREL) an internationale Anforderungen (TLAC), regulatorische und aufsichtsrechtliche Erleichterungen für kleinere Institute, die Vereinfachung EU-weiter Stresstests und die Vereinfachung der Meldeprozesse.

Zum anderen veröffentlichte die EZB-Aufsicht am gleichen Tag einen Bericht zur Vereinfachung der Aufsicht bei gleichzeitiger Wahrung der Widerstandsfähigkeit des Sektors. Die Empfehlungen umfassen hier unter anderem eine Reform des aufsichtsrechtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (SREP), eine Initiative zur Aufsichtskultur sowie die Bewertung der Wirksamkeit der Aufsicht.

Das Maßnahmenpaket wurde von einer Task-Force erarbeitet, die vom EZB-Rat bestellt war. Den Vorsitz hatte EZB-Vizepräsident Luis de Guindos inne. Mitglieder der Task-Force waren auch mehrere Notenbankchefs. Über den Empfehlungen steht das Ziel, die finanzielle Widerstandsfähigkeit und Solvenz im Bankensektor unverändert zu gewährleisten. Es geht somit um mehr Klarheit und Effizienz bei gleichbleibenden Standards.

In die Kategorie „weniger Bürokratie“ ist auch die von der EZB-Aufsicht am 19. Dezember 2025 angekündigte **Beschleunigung von Genehmigungsprozessen** bei Kapitalmaßnahmen und Verbriefungstransaktionen einzuordnen. Ab Januar 2026 sollen demnach standardisierte Vorgänge innerhalb von nur zwei Wochen – anstatt bisher drei Monaten – geprüft werden. Die neuen Fast-Track-Verfahren der EZB gelten für standardisierte Prozesse. Beispiele hierfür sind die Prüfung von Aktienrückkäufen oder Verbriefungstransaktionen, die nur ein geringes Risiko beinhalten bzw. geringe Auswirkungen auf das Eigenkapital der betroffenen Banken haben.

Nachjustierung bei ESG-Berichterstattung als Teil des Omnibus-Pakets

Auch bei den regulatorischen Anforderungen an die ESG-Berichterstattung justiert die EU nach. So hatte die EU-Kommission am 26. Februar 2025 **angekündigt**, die CSRD-Vorschriften zur Nachhaltigkeitsberichterstattung deutlich zu vereinfachen. Dies war Teil des sogenannten Omnibus-Pakets, das verschiedene Vorschläge zu Rechtsgebieten quer durch alle Bereiche umfasst. Neben den Vereinfachungen bei der Berichterstattung betreffen diese auch die EU-Taxonomie, das CO₂-Grenzausgleichssystem und europäische Investitionsprogramme. Das erklärte Ziel war eine deutliche Entlastung beim administrativen Aufwand und eine Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Die Kommission wollte den bürokratischen Aufwand bis zum Ende ihrer Amtszeit um mindestens 25 % verringern, für mittelständische Unternehmen sogar um mindestens 35 % (siehe unsere Publikation **„Europäische Großbanken - Grüne Transformation schreitet voran“** vom 15. April 2025).

Ursprünglich sollte die CSRD ab 2026 auch für gelistete Kleine und Mittlere Unternehmen gelten. Der Kreis der berichtspflichtigen Unternehmen hätte sich von rund 11.000 Ende 2023 auf 47.000 erhöht. Dadurch wäre es Banken zunehmend erleichtert worden, ESG-Daten und -Fakten zu ihren Kreditengagements zu erheben. Nunmehr sollen die einschlägigen Pflichten auf die größten Unternehmen konzentriert werden. Zudem soll sichergestellt werden, dass die Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung für große Unternehmen kleinere Unternehmen in den vorgelagerten Wertschöpfungsketten nicht belasten. Die Berichtspflichten für Unternehmen, die ursprünglich ab 2026 oder 2027 gelten sollten, werden um zwei Jahre (auf 2028) verschoben.

Am **9. Dezember 2025** haben sich der Rechtsausschuss des EU-Parlaments und der EU-Rat auf wesentliche Vereinfachungen der Nachhaltigkeitsberichterstattung und der Sorgfaltspflichten geeinigt. Wesentliche Eckpunkte sind:

- Die Schwelle zur verpflichtenden CSRD-Berichterstattung beträgt 1.000 Mitarbeiter und 450 Mio. Euro Jahresumsatz. (zuvor 250 Mitarbeiter und mehr als 50 Mio. Euro Jahresumsatz)
- Die Schwelle für die Geltung der Corporate Sustainability Due Diligence Directive (CSDDD), auch Europäisches Lieferkettengesetz genannt, wird auf 5.000 Mitarbeiter und 1,5 Mrd. Euro Jahresumsatz festgelegt. (vorher 1.000 Mitarbeiter und 450 Mio. Euro Jahresumsatz)
- Die Pflicht zur Erstellung eines Übergangsplans zur Minderung der Folgen des Klimawandels in der CSDDD wird aufgehoben.

Die Zahl der berichtspflichtigen Unternehmen reduziert sich damit auf rund 4.700. Am 16.12. hat das EU-Parlament die Einigung gebilligt. Der Richtlinienentwurf muss nun noch vom EU-Rat gebilligt werden. Dies gilt als reine Formsache. Anschließend wird die Änderungsrichtlinie im Amtsblatt der EU veröffentlicht und tritt 20 Tage später in Kraft. Danach haben die Mitgliedsstaaten die Änderungen in nationales Recht umzusetzen.

Das Omnibus-Vereinfachungspaket ist somit äußerst umfassend. Begrüßenswert ist die Reduzierung der überbordenden Regulierung, die in vielen Fällen keine sinnvollen Erkenntnisse brachte. Aus unserer Sicht sollten Finanzinstitute allerdings weder verpflichtet sein, Daten zu melden oder zu erheben, die von ihren Kunden selbst nicht gemeldet oder als nicht wesentlich erachtet wurden, noch sollten sie über Kunden berichten müssen, die keiner

Meldepflicht unterliegen. Kritisch beobachten die Bankenverbände zudem die Streichung der Transitionspläne unter der CSDDD.

Letztlich bleibt die Verfügbarkeit von Daten essenziell für die Identifizierung und Steuerung von ESG-Prozessen und -Risiken. Auch wenn die Institute zusätzliche Informationen wohl selbst einfordern werden, bedeutet die nun sehr drastische Lockerung der Berichtsvorgaben, dass den Banken weniger Daten für die Analyse von ESG-Risiken innerhalb ihrer Kreditengagements zur Verfügung stehen.

Regulatorischer Ausblick 2026 – Cyber-Angriffe im Visier

Gemäß der von der EZB ausgegebenen **Aufsichtsprioritäten 2026-2028** stehen angesichts dieser Herausforderungen für den Zeitraum 2026 bis 2028 zwei Kernthemen im Mittelpunkt: Gemäß Priorität 1 ist sicherzustellen, dass Banken gegenüber geopolitischen Risiken und makrofinanziellen Unsicherheiten resilient bleiben. Gemäß Priorität 2 ist zugleich für eine starke operationelle Resilienz sowie robuste Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) zu sorgen.

Zu Priorität 1 führt die Aufsicht aus, dass sich der europäische Bankensektor bislang äußerst widerstandsfähig gegenüber externen Schocks, etwa der Ankündigung hoher US-Zölle, erwiesen hat. Es bestehe jedoch eine hohe Wahrscheinlichkeit weiterer geopolitischer und makrofinanzieller Spannungen mit dem Risiko plötzlicher Marktkorrekturen. Die Aufsicht rückt auch die zunehmende Verflechtung zwischen Banken und Finanzinstituten außerhalb des Bankensektors und die wachsende öffentliche Verschuldung in einigen Ländern als Risikofaktoren in den Fokus. Daraus resultierende Finanzierungskosten könnten auch auf Banken abfärben. Geopolitische Risiken stehen daher weiterhin im Zentrum der Aufsichtsprioritäten der EZB. So werden im Rahmen des thematischen Stress-tests 2026 Szenarien mit institutsspezifischen geopolitischen Risiken unterstellt, und es soll untersucht werden, wie diese die Solvabilität der Banken beeinträchtigen könnten.

Bei Priorität 2 geht es um die Eindämmung von operationellen Risiken und Störungen bei kritischen Geschäftsprozessen und Dienstleistungen. Dies betrifft unter anderem die Abwehr von Cyber-Angriffen. Die Meldungen schwerwiegender Cyber-Vorfälle habe sich in den letzten Jahren verdoppelt. Anfang 2025 ist die Verordnung über die digitale operationale Resilienz im Finanzsektor (**Digital Operational Resilience Act – DORA**) in Kraft getreten. Die Aufsicht fordert die Banken auf, die entsprechenden Anforderungen konsequent und zügig umsetzen. Die EZB-Aufsicht attestiert den Instituten, dass sie sich gegenüber solchen Angriffen – wie auch gegenüber anderen operativen Störfällen – als widerstandsfähig erwiesen haben. Doch jüngste Ereignisse wie die Stromausfälle in Europa machten deutlich, wie wichtig es sei, dass die Banken Maßnahmen zur Minderung der Risiken, denen ihre kritischen Infrastrukturen ausgesetzt sind, entwickeln.

4 Risiken trotz Ausplatzierungen nicht ganz vermeidbar

Einsatz von Künstlicher Intelligenz birgt Risiken und Chancen

Gemäß einer **Erhebung** des Verbands Öffentlicher Banken (VÖB) unter 317 Experten aus der Branche setzen knapp 80 % der Institute Künstliche Intelligenz (KI) ein. Bei der letzten Erhebung im Jahr 2023 waren es noch 52 %. Am häufigsten komme KI bei der Automatisierung manueller Prozesse (59 %) und der Informationsbeschaffung (59 %) zum Einsatz. Darüber hinaus gewinne sie im Kundenservice, Marketing und bei der Betrugserkennung an Bedeutung. Gleichzeitig nutzen bereits 57 % der Bankmitarbeiter Tools wie ChatGPT oder Microsoft Copilot im Arbeitsalltag.

Der Zugriff auf hochwertige Daten (53 %), Know-how (47 %) und klare Use Cases (46 %) seien zentrale Erfolgsfaktoren für den KI-Einsatz. Compliance-Anforderungen erwiesen sich zunehmend als Herausforderung (55 %). Noch weitgehend ungenutzt sei das Potenzial für generative KI im Prozessmanagement.

Der Einsatz von Künstlicher Intelligenz (KI) schreitet somit in der Bankenbranche rasant voran. Es gilt, den Anschluss nicht zu verlieren und gleichzeitig den Wandel ohne disruptive Entwicklungen zu steuern. Bereits das Jahr 2025 hat gezeigt, dass Enttäuschungen gegenüber den hoch gesteckten Erwartungen vom Markt nervös aufgenommen werden.

Digitalisierung verbunden mit Cyber-Risiken

Die Einführung neuer digitaler Zahlungsinstrumente (digitaler Euro, Euro-Stablecoins) bieten umfangreiche Geschäftschancen für europäische Banken, bergen jedoch auch erhebliche Risiken für den Sektor. Banken können zusätzliche Einnahmequellen erschließen. Mögliche Dienstleistungen umfassen bspw. die Bereiche digitaler Zahlungsverkehr, Verwahrung, Abwicklung und Emission von Wertpapieren. First Mover verschaffen sich Wettbewerbsvorteile, während gleichzeitig der Druck auf die traditionelle Einlagenfinanzierung zunimmt. Der Wettbewerb durch Fintechs, Big Tech und US-Dollar-Stablecoins erhöht den Druck zusätzlich.¹

Zu den größten Risiken zählen die Disintermediation, falls die Banken hier Marktanteile abgeben, höhere Finanzierungskosten sowie Margendruck bei Einlagen und in der Folge auch bei der Kreditvergabe. Weitere Herausforderungen sind Betrugsrisiken, Compliance-Anforderungen, hohe IT-Investitionen² und Cyber-Sicherheit. Größere Bankengruppen mit solideren Bilanzen dürften gut gerüstet sein, die entsprechende Infrastruktur aufzubauen und die Risiken zu bewältigen.

Die EZB weist zudem darauf hin, dass ein massiver Abzug aus einer Kryptowährung erhebliche Auswirkungen auf die Stabilität des weltweiten Finanzsystems haben könnte. Die beiden größten Stablecoins³ zählen zu den bedeutendsten Inhabern von US-Staatsanleihen. Ihre Reserven seien vergleichbar mit denen der 20 größten Geldmarktfonds. Ein Ansturm auf diese Stablecoins könnte einen Notverkauf ihrer Reserve-Vermögenswerte auslösen, was die Funktionsweise der Märkte für US-Staatsanleihen beeinträchtigen könnte, so die EZB.

In diesem Zusammenhang hervorgehoben seien nochmals Cyber-Risiken, die immer relevanter werden. Gemäß **Bundeskriminalamt** belief sich die Zahl der Cybercrime-Fälle, die sowohl aus dem In- als auch aus dem Ausland bei deutschen Unternehmen, Behörden und sonstigen Stellen verübt wurden, im Jahr 2024 auf 333.268. Laut einer Studie des Branchenverbandes **Bitkom** summierten sich die Schäden im Jahr 2024 auf rund 290 Mrd. EUR. Dies entsprach 6,7 % der deutschen Wirtschaftsleistung. Aufgrund ihres IT-gestützten Geschäftsmodells verfügen Banken zumindest über hohe Kompetenz im Bereich IT-Sicherheit. In den letzten Jahren wurde darüber hinaus die rechtliche Rahmensetzung konsequent vorangetrieben, etwa mit der DORA-Verordnung zur Steigerung der Cyber-Sicherheit und -Resilienz für Finanzunternehmen und der BiCA-Verordnung zum Schutz von Anlegern und der Sicherung der Marktintegrität.

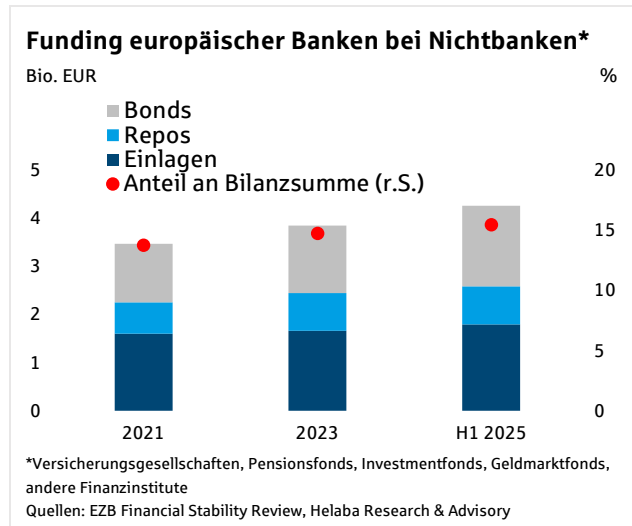
¹ Siehe auch **Finanzstabilitätsbericht** der EZB vom November 2025

² Siehe hierzu die EZB-Publikation „**A view on recent assessments of digital euro investment costs for the euro area banking sector**“ vom Oktober 2025

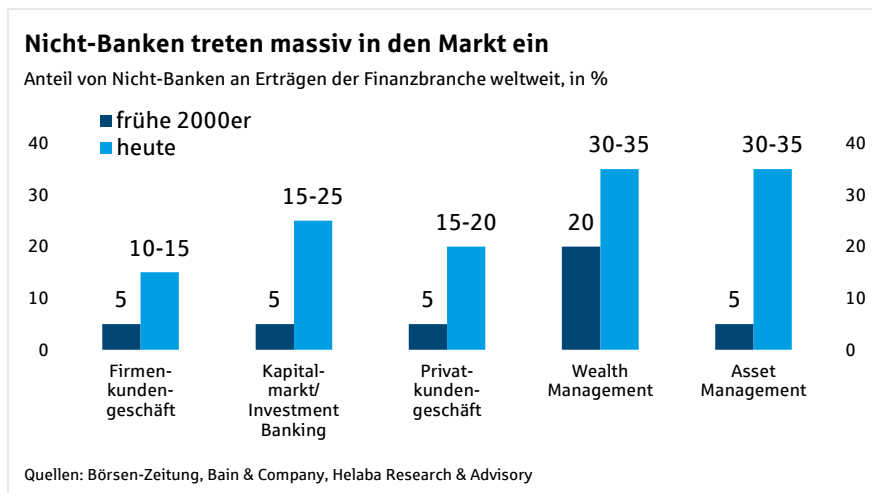
³ Tether und USD Coin. Als Stablecoins werden Kryptowährungen bezeichnet, deren Wert an stabile Referenzgrößen wie den Dollar oder den Euro gekoppelt ist. Gehalten werden Staatsanleihen, Bankeinlagen oder auch Gold. Ob dies gelingt, ist von vielen Faktoren abhängig, u.a., wer die Käufer sind, wie diese sich im Krisenfall verhalten und wie sich Stablecoin-Emittenten rekaptalisieren können, wenn unterlegte Assets, meist USD, im Krisenfall abgerufen werden.

Starkes Wachstum von Nicht-Banken auch auf Risiko-Transfer von Banken zurückzuführen

Die EZB hat in ihrem zuletzt erschienenen Finanzstabilitätsbericht systemische Risiken, die sich aus der Verbindung zwischen Banken und dem Nicht-Banken-Finanzsektor ergeben, besonders hervorgehoben. Sie warnt vor den wachsenden Verflechtungen zwischen Banken im Euroraum und fremdfinanzierten Finanzintermediären, zu denen insbesondere Hedgefonds, andere Kreditgeber als Banken und Immobilienfonds zählen. Dies könne bei Marktverwerfungen systemische Risiken in Form von Mittelabflüssen, Gegenparteiausfällen und Liquiditätsabflüssen verstärken.



Die Bedeutung von Nicht-Banken für den Finanzsektor nimmt stetig zu. Gemäß einer Studie von Bain & Company ist deren Ertragsanteil in den letzten Jahren vor allem in der Vermögensverwaltung, aber auch im Kreditgeschäft erheblich gestiegen. Die Beratungsgesellschaft geht von einer Fortsetzung dieser Entwicklung aus.



Nicht-Banken sind weniger reguliert als Banken, die hohe Anforderungen erfüllen und Stress-tests im Hinblick auf ihre Risikotragfähigkeit durchlaufen müssen. Die aktive Steuerung von Risiken ist dabei integraler Bestandteil der Geschäftsmodelle von Banken. Die Ausplatzierung von Risiken im Rahmen von SRTs gehört dabei wie oben beschrieben zu den möglichen Maßnahmen. Wir gehen ebenfalls davon aus, dass sich der Trend zur Verschiebung von Risiken hin zum Nicht-Banken-

Sektor fortsetzen wird. Mögliche Folgen in Krisen sollten sowohl von den Banken selbst als auch von den Regulierern berücksichtigt werden.

Geopolitische Risiken bleiben hoch

Geopolitische und wirtschaftliche Risiken bleiben weiterhin im Fokus. Gemäß unserem **volkswirtschaftlichen Ausblick** ist für 2026 von weiteren Handelsbeschränkungen aus den USA auszugehen. Demnach ist aber auch realistisch, dass eine Eskalationsspirale wie schon im Jahr zuvor vermieden werden kann – zumindest in der Breite – und der Löwenanteil der protektionistischen Eingriffe hinter uns liegt. In unserem volkswirtschaftlichen Negativszenario spielt eine geopolitische Eskalation jedoch eine gewichtige Rolle, etwa wenn der Handelsstreit zwischen den USA und China wieder aufbricht. Aber auch im Verhältnis der EU zu den USA und zu China knirscht es.

In engem Zusammenhang mit den geopolitischen Risiken stehen Währungsrisiken. Schwankende Wechselkurse können die Ergebnisse von Banken mit hohen Auslandsengagements deutlich beeinträchtigen. Dies betrifft insbesondere die großen international agierenden Institute.

Enttäuschung bei Insolvenzen würde Aktivaqualität belasten

Wie oben beschrieben gehen wir von einer stabilen Aktivaqualität im Jahr 2026 aus. In unserem volkswirtschaftlichen Negativszenario mit mehr Insolvenzen wäre ein spürbarer Anstieg der Problemkreditquoten unvermeidbar. Die entsprechenden Zuführungen zu den Kreditrisikorückstellungen würden die Gewinne der Banken belasten.

Kritisch sehen wir die bereits hohen Staatsschuldenquoten in vielen Ländern. Vor allem die marktführenden Banken in den einzelnen Ländern halten nach wie zuvor hohe Bestände an Staatsanleihen ihrer jeweiligen Heimatländer. Eine Abwertung der Bestände würde ebenfalls die Gewinne der Banken hart treffen.



Publikationen aus der Reihe „Im Fokus: Credit“

- [EUR Benchmark Bankanleihen: Primärmarkt Q4 2025](#)
- [Corporate Schuldschein: Primärmarkt Q4 2025](#)
- [Generelle Depositor Preference nimmt Gestalt an](#)
- [EBA mit Klarstellung zum Risikogewicht von SP-Anleihen](#)



Hier können Sie sich für unsere Newsletter anmelden:

<https://news.helaba.de/research/>

Herausgeber und Redaktion

Helaba Research & Advisory

Redaktion:

Erhard Schmitt

Corporate Research & Advisory

Verantwortlich:

Dr. Gertrud Rosa Traud

Chefvolkswirtin/

Head of Research & Advisory

Neue Mainzer Str. 52-58

60311 Frankfurt am Main

T +49 69 / 91 32 – 20 24

Internet: www.helaba.com

Disclaimer

Die Publikation ist mit größter Sorgfalt bearbeitet worden. Sie enthält jedoch lediglich unverbindliche Analysen und Prognosen zu den gegenwärtigen und zukünftigen Marktverhältnissen. Die Angaben beruhen auf Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit, Vollständigkeit oder Aktualität wir aber keine Gewähr übernehmen können. Sämtliche in dieser Publikation getroffenen Angaben dienen der Information. Sie dürfen nicht als Angebot oder Empfehlung für Anlageentscheidungen verstanden werden.